

Herr Doğan wies auf die letzte Sitzung des Schulausschusses im April hin und führte aus, dass die Verwaltung einen Prüfauftrag erhalten habe. Im Rahmen dieses Prüfauftrages solle die Verwaltung die konkreten Planungen für den Mensaausbau, was die Kapazitäten anbelange, noch einmal hinterfragen und über eine Containerlösung nachdenken, die die Baumaßnahmen und die Schule entlasten würden.

Herr Doğan führte aus, dass die Verwaltung heute schon das finale Ergebnis präsentiere. Mit einem positiven politischen Beschluss könne die Verwaltung im Dezember 2019 die Ausschreibung für die Containeranlage starten.

Die Verwaltung sei zuversichtlich, Ende dieses Monats die Ausschreibung für die Containeranlage auf die Internetplattform stellen zu können. Die Vorbereitungen seien finalisiert.

Aufgrund vergaberechtlicher Fragestellungen, die noch zu klären waren, sei die Verwaltung in einer leichten Verzögerung.

Herr Doğan teilte mit, dass die Verwaltung im Austausch mit der Schulleitung und mit den Eltern sei.

Er entschuldigte die Abwesenheit des Herrn Gleß, der an der Sitzung aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen konnte.

Herr Schmitz-Porten bezog sich auf die Sitzungsvorlage und bat um Erläuterung bzgl. der aufwendigen Klärung von vergaberechtlichen Fragestellungen.

Herr Doğan erläuterte, dass es juristisch geprüft werden musste, ob die Maßnahme- die Containererrichtung und die sonstige Baumaßnahme- gesplittet werden können.

Die Verwaltung sei zum Ergebnis gekommen, dass es sich hier um eine Gesamtmaßnahme handele. Da die Maßnahme als Gesamtvolumen betrachtet werde und die Wertgrenzen überschritten würden, müsse eine europaweite Ausschreibung erfolgen.

Herr Dr. Pich, Vertreter der Stadtschulpflegschaft, kritisierte die lange Vorgehensweise des Mensaausbaus, der bereits seit 2015 im Gespräch sei, die mangelnden Informationen, die lediglich auf Nachfrage erteilt werden und die vielen zeitlichen Verschiebungen.

Er äußerte sich kritisch zu dem mitgelieferten Zeitplan, der in der letzten Sitzung des Schulausschusses eingefordert wurde.

Herr Dr. Pich fragte nach, ob seitens der Verwaltung eine Risikoanalyse durchgeführt wurde.

Des Weiteren bat er um Information, wann die Mitglieder des Schulausschusses über die Verschiebung informiert worden seien.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Jung, teilte mit, dass die Verwaltung die Fragen in der heutigen Sitzung nicht klären könne, da der zuständige Dezernent, Herr Gleß, nicht anwesend sei.

Des Weiteren teilte sie mit, dass sich die Verwaltung an Herrn Gleß wenden werde und nochmal eindringlich abfordere, zukünftig den Schulausschuss, die Schulpflegschaft, die Schulen, die Eltern und den Ortsvorsteher über Verzögerungen zu informieren. Frau Jung betonte auch, dass sich der Schulausschuss und die Verwaltung für die Beschleunigung des Prozesses sehr eingesetzt haben.

Herr Schell von der CDU-Fraktion führte aus, dass im technischen Dezernat aktuell ein massives Personalproblem im Bereich Planung bestehe.

Er schlug vor, um zwischendurch mehr Informationen, z.B. über den Fortschritt der Planung zu bekommen, sich im Gebäude und Bewirtschaftungsausschuss mit dieser Thematik verstärkt auseinander zu setzen und dafür sorgen, dass die redeberechtigten Mitglieder jedes Ausschusses über diesen Punkt informiert werden. Dieses könnte die Informationswege beschleunigen, da der Schulausschuss seltener tagt, als der Gebäude und Bewirtschaftungsausschuss.

Herr Doğan betonte, dass es sich im Falle der Containermaßnahme um die erstmalige Verzögerung handele. Die Verwaltung könne den Zeitplan hinsichtlich des Interimscontainers nicht halten. Sie sei bemüht, dass der Zeitplan so engmaschig, wie möglich, begleitet werde.

Herr Haacke fragte nach, welche Gründe dazu geführt haben, die Mensapläte von 128 auf 160 zu erhöhen.

Frau Dedenbach erläuterte, dass dieses die Umsetzung des Prüfauftrages des letzten Schulausschusses sei.

Der Ortsvorsteher Niederpleis, René Puffe, kritisierte, dass in der letzten Sitzung im April sehr ausführlich darüber diskutiert worden sei, dass man Vertrauen zurückgewinnen wolle und die Kommunikation, die in der Vergangenheit nicht funktioniert habe, verbessern werden sollte.

Er fand es bedauerlich, dass im Juli ein Schreiben an die Schule zur Information verschickt wurde, ohne einen Hinweis auf die Verschiebung der Aufstellung der Übergangcontainer. Erst durch die Rückfrage der Schule wurde eine neue Information an die Schule gegeben.

In diesem Zusammenhang forderte er, dass sich dieser Zustand ab sofort deutlich ändern müsse.

Frau Borowski wies auf die Niederschrift der letzten Sitzung im April hin, in der festgehalten wurde, dass die Containerlösung schnell erfolgen müsse.

Dementsprechend sei sie über die Vorlage entsetzt und könne den Unmut der Eltern nachvollziehen.

Sie sei davon ausgegangen, dass die Planungen der Container laufen und die Eltern und die Schule sich darauf verlassen können, dass die Container im Sommer 2020 aufgestellt werden.

Sie bat ausdrücklich darum, dass sich das technische Dezernat mit den Eltern und der Schule kurzfristig in Verbindung setzt und sie zukünftig auf dem Laufenden gehalten werden.

Das ganze Vorgehen in dieser Angelegenheit sei nur peinlich.

Herr Dr. Pich äußerte sich kritisch zum Personalproblem im technischen Dezernat. Das Problem sei bereits seit über einem Jahr bekannt und Herr Gleß sei für die Lösung des Problems verantwortlich. Das sei seine Aufgabe als Führungskraft. Hier müsse etwas geschehen.

Herr Schmitz Porten erwähnte lobend, dass die Verwaltung mehr gemacht habe als sie eigentlich hätte machen müssen. Sie habe bereits eine Ausschreibung vorbereitet, obwohl die Rechtsgrundlage hierfür noch nicht vorliege.

Er bat darum, dass zukünftig das technische Dezernat bei so „wichtigen Dingen“ vertreten sei, damit der Schulausschuss authentische Auskünfte bekomme.

In diesem Zusammenhang stellte Herr Doğan die Zuständigkeitsordnung bei der Stadt Sankt Augustin dar.

Er führte aus, dass die Schulausschüsse nicht zu Schulbauausschüssen und die Jugendhilfeausschüsse zu Kitabauausschüssen umfunktioniert werden können. Dies würde bedeuten, dass Herr Gleß an jedem Schulausschuss und Jugendhilfeausschuss teilnehmen müsse. Das sei nicht der Sinn dieser Ausschüsse.

Im Schulausschuss seien schulfachliche und schulpolitische Fragen zu klären. Für die baulichen Maßnahmen sei der Gebäude - und Bewirtschaftungsausschuss zuständig.

Herr Doğan teilte mit, dass er und die Ausschussvorsitzende, Frau Jung, Herrn Gleß bitten werden, an der nächsten Sitzung teilzunehmen.

Nachdem alle Fragen zur Erweiterung der Mensa an der Gemeinschaftgrundschule Am Pleiser Wald beantwortet wurden, schlug die Ausschussvorsitzende für die Verbesserung der Kommunikation vor, den Beschlussvorschlag um einen weiteren Punkt zu ergänzen:

„Bei etwaigen Verzögerungen werden der Schulausschuss, die Schule und die Schulpflegschaft sofort informiert“.

Anschließend stellte die Ausschussvorsitzende den erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.